

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 02.03.2009 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat E. Müller (bis 20.25 Uhr, Ziffer 3 G f)
Stadtrat M. Müller (ab 18.05 Uhr, Ziffer 1 C)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag (ab 17.05 Uhr, Ziffer 1 A)
Bürgermeisterin Regan (ab 18.15 Uhr, Ziffer 3 A a)
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp (bis 18.45 Uhr, Ziffer 3 C d)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (bis 19.05 Uhr, Ziffer 3 C d)
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen) (ab 17.25 Uhr, Ziffer 1 A)
Herr Pfreninger (Hoheim) (ab 17.05 Uhr, Ziffer 1 A)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Oberamtsrat Hartner
Stadtplaner Neumann
Frau Heger

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Beratung der Haushalte 2009 der Stadt Kitzingen und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2008 – 2012)

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht eingangs ausführlich auf seinen Vorlagenbericht zum Haushaltsentwurf 2009 mit Finanzplanung ein. Er stellt die vorläufige positive Abwicklung des Haushaltes 2008 dar (Prognose und bisheriges Ergebnis) und verweist darauf, dass das gute Ergebnis aufgrund Gewerbesteuer-Nachholungen, Erhöhung der Einkommensteuer-Beteiligung, überdurchschnittliche Schlüsselzuweisungen und Ausgabenverschiebungen im Vermögenshaushalt zurückzuführen ist. Nach den Erläuterungen zum Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms von 2008 bis 2012 geht er auf die Eckdaten des Verwaltungshaushaltes ein und stellt dar, dass die Mindestzuführung, als wichtigstes Kriterium der dauernden Leistungsfähigkeit, um 4,5 Mio. € verfehlt werde. Als nächstes geht er auf den Vermögenshaushalt ein und stellt dar, dass das Investitionsvolumen mit ca. 20 Mio. € vergleichbar dem des Jahres 2008 sei. Er geht auf die verschiedenen Einnahmepositionen sowie die Ausgabeansätze ein. Im Wesentlichen werden die Investitionsmaßnahmen über Zuschüsse sowie Rücklageentnahme finanziert. Darüber hinaus sind Kreditaufnahmen von 4,8 Mio. € bei einer Tilgung von 1,965 Mio. € geplant (Nettoneuverschuldung in Höhe von 2,835 Mio. €). Hinsichtlich des Investitionsprogramms stellt er die verschiedenen Maßnahmen dar. Außerdem verweist er auf die Maßnahmen, die gegenwärtig im Finanzplanungsrest stehen. Alle Maßnahmen, die evtl. über das Konjunkturpaket II gefördert werden könnten, seien noch nicht enthalten. Falls man in den Genuss von Zuschüssen daraus komme, müsste man die Eigenmittel entsprechend außerplanmäßig/überplanmäßig finanzieren (je nach Umfang ggf. sogar mittel Nachtragshaushalt), bzw. für die folgenden Jahre entsprechende Verschiebungen vornehmen.
- Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht im als nächstes auf den Stand der Schulden sowie den Stand der Rücklagen ein und verweist auf deren Entwicklung bis zum 31.12.2012.

Bei seiner Kurzanalyse der finanziellen Situation geht er auf die Ursachen des „Problemjahres 2009“ ein (Auswirkungen der guten Jahr 2007/2008 durch hohe Kreisumlage, niedrige Schlüsselzuweisungen sowie das Wegbrechen der Gewerbesteuer durch die Finanz- und Wirtschaftskrise), wagt einen Ausblick auf die Jahre 2010 bis 2012 und stellt die Risiken innerhalb des Finanzplanungszeitraumes dar (Verkaufserlöse, Steuer und Schlüsselzuweisungen und damit die Zuführung zum Vermögenshaushalt sowie Entwicklung der Investitionszuschüsse des Staates).

Nach seinen Handlungsempfehlungen kommt er zu folgenden Schlussfeststellungen:

1. Die Finanzlage der Stadt ist noch geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben (durch Rücklagenentnahme)
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2012 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen (durch Rücklagenentnahme)
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig

Die Folien von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer liegen der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil bei.

- B. Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass es immer wieder eine zeitliche Verschiebung aufgrund guter und schlechter Jahre (Schlüsselzuweisungen, Kreisumlage) geben

werde. Um Handlungsfähig zu sein ist es deshalb wichtig, entsprechende Rücklagen zu schaffen. Für die Haushaltsberatungen 2009 appelliert er an seine Stadtratskollegen, dass nicht unüberlegte Streichungen vorgenommen werden sollten. Die Maßnahmen, die bereits seit langem in der Planung seien und wofür die Regierung die Mittel für die Stadt zurückhalte, sollten in diesem Jahr angegangen werden. Dies sei auch die dringende Bitte der Regierung von Unterfranken.

Im Folgenden geht er auf die Förderfähigkeit von Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II ein und stellt dar, dass die Förderrichtlinien zurzeit erarbeitet und der Stadt bald zugehen werden. Das Hauptaugenmerk werde dabei auf die energetische Sanierung von Gebäude sowie dem Ausbau der Breitbandversorgung gelegt. Der Städtetag wollte erreichen, dass die Förderung auch beispielsweise für Generalsanierungen bereitgestellt werde, nachdem sie eine ausschließliche Förderung von energetischen Maßnahmen als zu einseitig ansehen. Dies wurde jedoch abgelehnt.

Er verweist auf die Prioritätenliste, die die Verwaltung diesbezüglich aufgestellt habe:

- energetische Sanierung und Brandschutz Rathaus/Stadtbauamt
- energetische Sanierung und Brandschutz der Hauptschule Siedlung
- energetische Sanierung Turnhalle Deustergelände
- energetische Sanierung Turnhalle Siedlung
- energetische Sanierung und Brandschutz Friedrich-Bernbeck-Schule
- energetische Sanierung und Brandschutz Kindergarten St. Elisabeth
- Breitbandförderung (falls Verbesserung nötig, wird derzeit geklärt)
- Brandschutz Falterturm

Hinsichtlich der Maßnahme im Kindergarten St. Elisabeth stellt Oberbürgermeister Müller dar, dass gegenwärtig geklärt werde, ob die Förderung dann auch für den Träger möglich sei, nachdem es sich eigentlich um eine gemeindliche Aufgabe handle. In diesem Fall würde diese Maßnahme an die dritte Stelle gelegt.

Im Folgenden wird bedenklich geäußert, weshalb das Rathaus bzw. das Bauamt an erster Stelle stehe. Darüber hinaus befürworten die Stadträte die Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule sowie des Kindergarten St. Elisabeth zu beschleunigen.

Einen Ausbau der Breitbandförderung wird ebenfalls gewünscht, auch wenn die Versorgung gegenwärtig ausreichend sei. Gewerbetreibenden beispielsweise würden einen größeren Standart benötigen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass langfristig für die Sanierung eines Rathauses – anders als beispielsweise bei Schulgebäuden (Art. 10 FAG) - keinerlei Förderungen möglich sind. Nachdem über das Konjunkturpaket II Zuschüsse in Höhe von 87,5 % (=geringer Eigenanteil) festgelegt wurden und zudem das Rathaus sowie das Bauamt diesbezüglich sanierungsbedürftig sind, macht es Sinn, diese Maßnahme an oberster Stelle anzusiedeln und ggf. den Brandschutz mit einzubeziehen. Hinsichtlich der Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule erklärt er, dass eine Generalsanierung über das Konjunkturpaket II nicht gefördert werde. Gleichwohl bestünde die Möglichkeit, nur die energetische Sanierung über das Konjunkturprogramm (87,5 % Förderung) sowie eine gleichzeitige Generalsanierung über die bekannten Zuschusstöpfe (35 % bis 45 %) abzuwickeln. Er gibt aber zu Bedenken, dass hierfür die Stadt die entsprechenden Eigenmittel aufbringen müsse, was er gegenwärtig bei diesem Projekt aufgrund der finanziellen Lage nicht für finanzierbar halte. Dies könne lediglich über Kreditmehraufnahmen finanziert werden.

Auf die Frage von Stadtrat Schmidt mit welchen Mitteln die Stadt Kitzingen aus dem Programm rechnen könne stellt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer dar, dass etwa 12 Mio. € der 153 Mio. € für Unterfranken auf den Landkreis Kitzingen fallen werden. Ein entsprechendes Gremium bei der Regierung von Unterfranken werde anschließend die Anträge im Einzelfall prüfen (kein Windhundprinzip), wobei die Faktoren „Nachhaltigkeit“ und die finanzielle Lage die größte Rolle spielen. Eine genaue Zahl für Kitzingen könne nicht genannt werden. Trotz einer zu erwartenden Antragsflut werde auch die Stadt Kitzingen alle Anträge für die oben genannten Projekte stellen.

Stadtrat Weiglein verweist auf die schwierige Situation von Kitzingen bzgl. des Abzugs der Amerikaner sowie die damit verbundenen Folgen und Aufgaben für die Stadt Kitzin-

gen. Er spricht seinen Verwunderung darüber aus, dass die Stadt Kitzingen dennoch aus dem Konjunkturpaket II nur die gleichen Mittel zugeteilt bekommen solle/, wie alle anderen Landkreisgemeinden auch. Dies sollte man bei den entsprechenden Stellen (Regierung von Unterfranken, Landkreis Kitzingen, Planungsverband) nochmals vorbringen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass man diese Argumente bei entsprechender Stelle vorbringen werde. Über Stadtumbau-West erhalte man Zuschüsse in Höhe von 60 % und es sei bedauerlich, dass über das Konjunkturpaket neben energetischen Maßnahmen auch Stadtumbau-Maßnahmen nur mit 60 % Zuschuss gefördert werden. Oberbürgermeister Müller nimmt die Anregungen mit auf und stellt dar, dass man bis zum 31.03.2009 hinsichtlich der vorliegenden Punkte die Anträge einreichen werde. Anschließend werde man hierüber nochmals den Stadtrat unterrichten. Hiermit sowie über den Inhalt der Prioritätenliste (ohne Reihenfolge) besteht Einvernehmen.

- C. Als nächstes geht Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer auf den Brandschutz ein und erläutert jeweils die Veranschlagung. Im Investitionsplan sind die Kosten für den Brandschutznachweis und dessen Prüfung (als Haushaltsausgabereinst) für alle übrigen Gebäude enthalten. Investitionskosten seien lediglich für das Rathaus, den Falterturm sowie der Hauptschule Siedlung im Haushalt 2009 eingestellt. Alle übrigen Kosten befinden sich im Finanzplanungsrest. Als nächstes verweist er auf eine Aufstellung der Hochbauabteilung, die alle Gebäude, bei denen Brandschutzmaßnahmen notwendig werden könnten, aufzeigt. Hieraus sei auch ersichtlich für welche Gebäude der Nachweis noch ausstehe und mit welchen Kosten insgesamt zu rechnen sei. Außerdem verweist er auf die Stellungnahme der Rechtsabteilung hinsichtlich möglicher Haftungsansprüche. Abschließend stellt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer dar, dass für die Baumaßnahmen zu den gegenwärtigen Kosten in Höhe von 164.778,00 € (Brandschutznachweise) noch ungefähr 1,0 Mio. € an späteren Investitionsmaßnahmen hinzugerechnet werden müssen.

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Antrag der ödp und gibt zu Bedenken, dass bei einer Zurückstellung der Kosten für die Baumaßnahmen ins Jahr 2013 die Mittel zu diesem Zeitpunkt dennoch auf die Stadt zukommen würden. Seiner Auffassung nach sollten die Mittel für die Brandschutzmaßnahmen auf den Finanzplanungszeitraum verteilt eingestellt werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass noch nicht genau klar sei, welche Maßnahmen notwendig seien und was diese Kosten würden. Aus diesem Grund sollte man die Mittel im Finanzplanungsrest belassen. Falls bis zu den Haushaltsberatungen 2010 etwaige bauliche Maßnahmen feststünden, müssten die entsprechenden Mittel vorgezogen werden.

Oberbürgermeister Müller stellt aufgrund der rechtlichen Darstellung durch die Rechtsabteilung fest, dass lediglich bei Gefahrdrohenden Zuständen die Stadt handeln müsse. Dies sei beim Falterturm der Fall. Falls die Stadt hierbei nicht handeln würde, müsste der Falterturm für Besucher geschlossen werden. Weitere Fristen bezüglich des Brandschutzes bestehen nicht.

Stadtrat Schmidt fragt hinsichtlich des Brandschutzes im Falterturm nach, ob dies bereits bei der Genehmigung auferlegt wurde, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Groß zusagt, dass dies nochmals geprüft werde, wobei er zu Bedenken gibt, dass die Genehmigung bereits sehr lange her sei.

Auf weitere Fragen von Stadtrat Schmidt hinsichtlich seiner Auffassung nach entstandenen Versäumnisse (Sanierung Hauptschule Siedlung, zeitliches Versäumnis) erklärt Oberbürgermeister Müller, dass bei der Hauptschule Siedlung seinerzeit keine Generalsanierung vorlag und deshalb der Brandschutz nicht in Gänze angegangen wurde. Bei den baulichen Veränderungen (Anbau, Mittagsbetreuung) wurden die Brandschutzauflagen beachtet. Er bittet die Information zur Kenntnis zunehmen. Die Mittel sollten in der bekannten Form beibehalten werden. Etwaige Änderungen könnten bei den jeweiligen Haushaltstellen beraten und vorgenommen werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

2. Waldkindergarten:

hier: Antrag auf Genehmigung zur Aufstellung eines Wohncontainers
sowie auf Gewährung eines Investitionszuschusses

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen übernimmt, bei Vorliegen der Voraussetzungen zur Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens („Schutzhütte“ ohne Daueraufenthalt) die Kosten für die Holzverschalung, Fundament und die Bedachung. Hierfür werden für Material und Leistung des Bauhofes max. 15.000,00 € bereitgestellt.
3. Darüber hinaus übernimmt die Stadt Kitzingen die Stromanschlusskosten gem. Angebot der LKW Kitzingen in Höhe von 11.043 €.

3. Beratung des Investitionsprogramm 2009 mit Finanzplanung 2008 – 2012

A. Einzelplan 0

a) 0600.9350 – Beseitigung der von der Fachkraft für Arbeit festgestellten Mängel

Die FW fragt nach, welche Mängel dort festgestellt wurden.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, falls Sicherheitsmängel vorliegen sollten, dass man diese in einem Jahr beseitigt und die Mittel aus dem Jahr 2010 (5.000,00 €) entsprechend vorzieht.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass keine gravierenden Sicherheitsmängel vorhanden seien. Diese müssten sofort beseitigt werden. Es handelt sich um verschiedene kleinere Beanstandungen hinsichtlich der Büromöbel, die ersetzt werden müssen, um spätere gesundheitliche Schäden zu vermeiden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

b) 0600.9450 – Sanierung des Neuen Sitzungssaals

Die FW erbittet hinsichtlich der Sanierung des Neuen Sitzungssaals Informationen zu der Endabrechnung, den Reklamationen sowie den Zukäufen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die vorliegende Stellungnahme des Stadtbauamtes.

Stadträtin Wallrapp bezieht sich auf die enorme Kostenerhöhung und stellt dabei kritisch die Situation der planenden Innenarchitektin dar.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Maßnahme abgeschlossen sei.

2. Bürgermeister Christof verweist in diesem Zusammenhang auf seinen Antrag, nach größeren Projekten eine Nachbesprechung abzuhalten, in der mögliche Versäumnisse oder Schwierigkeiten dargelegt werden können, die dann bei einer neuen Maßnahme berücksichtigt werden könnten.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dass dies von der Verwaltung künftig beachtet werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

c) 0600.9454 – Bürgerbüro im Erdgeschoss

Die SPD beantragt das Verschieben der Maßnahme aufgrund der finanziellen Situation ins Jahr 2010.

Die CSU beantragt die Mittel in den Finanzplanungsrest zu verschieben.

Die FW bittet die Maßnahme auf das Jahr 2010/2011 zurückzustellen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Gebäudenutzung der anderen Ämter des Hauses geklärt werden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass nach der Sondersitzung am 20.01.2009 lediglich die Mittel entsprechend der vorstehenden Anträge in das Jahr 2009 in Höhe von 32.000,00 € für die Umgestaltung der Pforte und der Poststelle eingestellt wurden. Der Rest (Einrichtung Bürgerbüro) in Höhe von 232.000,00 € wurde in den Finanzplanungsrest verschoben. Seiner Auffassung nach sollte dies so belassen werden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag und äußern mehrheitlich die Notwendigkeit in der Errichtung des Bürgerbüros. Mit Blick auf eine mögliche energetische Sanierung (Konjunkturpaket II) sollte die Maßnahme in einem durchgeführt werden. Deshalb wird befürwortet, die Maßnahme im Jahr 2010 einzustellen.

Auf die Frage von Oberbürgermeister Müller, ob die Maßnahme in einem Stück durchgeführt werden solle, besteht im Gremium mehrheitlich Einvernehmen.

Des Weiteren bittet er um Abstimmung, ob die Mittel in Höhe von 264.000,00 € ins Jahr 2010 eingestellt werden.

Mit 20 : 8 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, dass bei der Hst. 0600.9454 im Jahr 2010 264.000,00 € für die Errichtung eines Bürgerbüros eingestellt werden.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 1

Für den Einzelplan 1 liegen keine Anträge und Anregungen der Fraktionen und Gruppen vor. Die Ansätze bleiben unverändert.

C. Einzelplan 2

a) 2121.9452 – Sanierung der D.-Paul-Eber-Schule; Umzugskosten

Die FW möchte wissen, ob Teile dieses Ansatzes in den Verwaltungshaushalt (Miete) müssten und fragt zudem nach der Zuschussmöglichkeit.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass von der Eigenart her die Mietkosten und Umzugskosten im Verwaltungshaushalt eingestellt werden müssen. Um aber die Kosten der Gesamtmaßnahme abbilden zu können, werden auch diese Kosten gesondert im Vermögenshaushalt veranschlagt. Förderfähig seien die Kosten jedoch nicht. Im Übrigen verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Dies wird der Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

b) 2122.9450 – Hauptschule Siedlung; Einbauten für Brandschutz und dergl.

Die UsW beantragt die umgehende Aufarbeitung der Brandschutzmaßnahmen in der Hauptschule Siedlung. Darüber hinaus soll eine Aufstellung der erledigten und noch offenen Brandschutzmaßnahmen (mit Gesamtkostenübersicht) vorgelegt werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die vorherige Information in Sachen Brandschutz (Ziffer 1 C der Niederschrift) sowie auf die Stellungnahme des Bauamtes.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag habe sich somit erledigt.

c) 2140.9451 – Sanierung der Schulsportanlage Deusterpark

Die FW beantragt diese Maßnahme in das Konjunkturprogramm II mit aufzunehmen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass diese Maßnahme auf der Prioritätenliste hinsichtlich der Anmeldung für Mittel nach dem Konjunkturpaket II aufgeführt sei. Im Übrigen verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben vorerst unverändert.

d) 2431.9450 – Generalsanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule

Die SPD die CSU und die FW beantragen die Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule im Rahmen des Konjunkturpaketes II vorzuziehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass im Rahmen des Konjunkturpaketes II lediglich die energetische Sanierung (Dach, Fenster, Heizung, Fassade) mit Brandschutz vorgenommen wird, wofür ein Fördersatz von 87,5 % der pauschalen zuwendungsfähigen Kosten zu Grunde gelegt werde. Darüber hinaus könnte eine Generalsanierung über den Art. 10 FAG gefördert werden. Hier liege der Fördersatz zwischen 35 % und 40 %. Er ist der Auffassung, dass die Sanierung aufgrund der vorhandenen Bausubstanz nicht zwingend erforderlich sei sondern nur wünschenswert wäre, Unter Verweis auf die erforderlichen Eigenmittel und auf die Haushaltslage der Stadt Kitzingen ist er der Auffassung, dass die Generalsanierung zurzeit nicht finanziert werden kann.

Bürgermeisterin Regan als Schulreferentin ist der Auffassung, dass man mit den Vorplanungen (Raumprogramm, Gespräche mit der Regierung, Bedarf) bereits in 2009 beginnen sollte. Hiernach könne man entscheiden, auf welche Jahre die Mittel aufgeteilt werden. Ihrer Auffassung nach könnten die Vorplanung durch die Verwaltung vorgenommen werde, ohne finanzielle Mittel zu binden. Eine energetische Sanierung losgelöst von der Generalsanierung durchzuführen, lehne sie ab und verweist auf mögliche Probleme bzw. Überschneidungen, die dabei entstehen könnten. Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule wobei vermehrt die Meinung geäußert wird, dass mit den Planungen durch die Verwaltung bereits in 2009 begonnen werden sollte, wofür ggf. bereits die ersten Mittel einzustellen sind. Durch eine energetische Sanierung verbunden mit dem Brandschutz (Förderung nach Konjunkturpaket II) sei bereits das Gros einer Generalsanierung abgedeckt.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt nochmals zu Bedenken, dass gegenwärtig die Stadt nicht über die Eigenmittel verfüge, um die Gegenfinanzierung für die Generalsanierung aufzubringen.

Stadtrat Pauluhn und 2. Bürgermeister Christof geben zu Bedenken, dass ein solcher Beschluss zur Generalsanierung nicht ohne Grundlage gefasst werden sollte. Vielmehr müsse dies nach einer Prüfung seitens der Verwaltung dem Stadtrat zur

Entscheidung vorgelegt werden, so dass ggf. die entsprechenden Mittel eingestellt werden könnten.

2. Bürgermeister Christof ergänzt, dass bei einer Entscheidung zu den Schulgebäuden auch die Konversionsflächen bzw. der dortige Bestand in die Überlegungen einbezogen werden sollten.

Oberbürgermeister Müller gibt zu Bedenken, dass diese Schulen allesamt sanierungsbedürftig seien und im Übrigen die Friedrich-Bernbeck-Schule für die Innenstadt sinnvoll ist.

Nach kurzer weiterer Diskussion über das weitere Vorgehen bzw. über die Einstellung von Mitte bittet Oberbürgermeister Müller um Abstimmung, dass die Verwaltung die Grundlagenermittlung zur Generalsanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule im Jahr 2009 angehe. Die Mittel sollten dabei zunächst im Finanzplanungsrest bestehen bleiben. Eine Veranschlagung für die Planung könne im Rahmen der Haushaltsberatungen 2010 erfolgen.

Mit 28 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, dass die Verwaltung für die Generalsanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule mit der Grundlagenermittlung im Jahr 2009 beginne. Der Ansatz in Höhe von 5,5 Mio. € bleibt vorerst im Finanzplanungsrest.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.15 bis 19.25 Uhr.

D. Einzelplan 3

a) 3651.9450 – Brandschutz Falterturm

Die SPD und die CSU bitten den Ansatz in den Finanzplanungsrest zu verschieben soweit keine anderen Gründe dagegensprechen würden.

Die UsW erbittet umfassenden Informationen diesbezüglich (vorgesehene Einzelmaßnahmen und Kosten).

Die KIK beantragt die Verschiebung der Mittel auf die Jahre 2011 ff.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme hinsichtlich des Brandschutzes (Ziffer 1 C der Niederschrift). Er erklärt, dass aufgrund der Stellungnahme der Rechtsabteilung die Mängel beseitigt werden müssten. Aus diesem Grund sollten die Mittel wie veranschlagt (130.000,00 €) im Jahr 2009 im Haushalt bestehen bleiben.

Stadträtin Wallrapp regt bzgl. einer Kostenbeteiligung an, auf den „Bund Deutscher Karneval“ zuzugehen.

Oberbürgermeister Müller gibt zu Bedenken, dass die Stadt die Sachaufwandsträgerschaft habe und der „Bund Deutscher Karneval“ sich bereits sehr für das Museum im Falterturm einsetze.

Es bleibt bei den veranschlagten Ansätzen.

b) 3651.9588 – Gestaltung der Mainpartie von Synagoge bis Evang. Dekanat

Die ödp fordert die Verschiebung der Maßnahme auf 2012 zur Deckung der Brandschutzkosten.

Die KIK beantragt die Maßnahme aufgrund der Haushaltslage zu verschieben und die Planungen zu stoppen.

Die UsW bittet die Gesamtmaßnahme abzuspicken und auf 820.000,00 € zu deckeln.

Die FW mahnt das Fehlen verschiedener Unterlagen und Informationen an und bittet um entsprechende Bürgerbeteiligung.

Die CSU beantragt im Zuge der Mainpartei als Sofortmaßnahme das Gebäude vor dem Sinkel-Anwesen abzureisen und mit Parkplätzen auszustatten bzw. zu begrünen.

Oberbürgermeister Müller appelliert an seine Stadtratskollegen eine Verschiebung dieser Maßnahme nicht vorzunehmen, nachdem die Mittel seitens der Regierung bereits seit längerem vorgemerkt seien. Diese Maßnahme wäre ein Startsignal für die Stadtentwicklung, vor allem für den Bereich Innenstadt, weshalb man die Umgestaltung im Jahr 2009 beginnen sollte. Hinsichtlich möglicher Abspeckungen stellt er dar, dass man versuchen werde, möglichst Kosten einzusparen, jedoch dies vorab nur schwer zu beziffern sei.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass beispielsweise beim Pflaster eingespart werden könnte, in dem nicht der Belag der gesamten Fläche ausgetauscht werde, sondern die Teerschicht, wo diese in gutem Zustand sei, belasse und lediglich eine Pflasterreihe zur optischen Aufwertung einfüge. Durch kleinere derartige Veränderungen könnte man zu einer Einsparung erlangen, was nicht auf Kosten der Optik gehen dürfte. Die Verwaltung sollte verschiedene alternativen gegenüberstellen, wonach eine Entscheidung seitens des Gremiums gefasst werden könne.

Bürgermeisterin Regan fragt nach, ob es für Mittel aus dem Konjunkturpaket zuschusschädlich sei, wenn nur aufgrund dessen Inanspruchnahme bereits begonnen Maßnahmen zurückgestellt oder abgespeckt würden.

Stadtrat Moser ergänzt, ob eine Zuschusschädlichkeit gegeben wäre, wenn eine Maßnahme verschoben wird, für die bereits Zuschussgelder reserviert seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist hinsichtlich des Konjunkturpaketes darauf, dass Grundvoraussetzung, daraus Zuschüsse zu erhalten, die Zusätzlichkeit sei. Gleichwohl sagt er zu, beide Anfragen mit der Regierung von Unterfranken abzuklären und in der nächsten Sitzung darüber zu berichten.

2. Bürgermeister Christof fragt nach dem Planungsstand und möchte wissen, ob noch Änderungen möglich seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass Änderungen im Grunde immer möglich seien, jedoch stellt sich die Frage nach dem Sinn einer Änderung zum gegenwärtigen Planungsstand. Möglichen Abspeckungsformen werden derzeit durch das Bauamt geprüft.

Stadträtin Wallrapp bezieht sich vor allem auf ein mögliches Fassadenprogramm (anlaog Altstadt), dass speziell für den Bereich der Mainpartei aufgelegt werden könnte, damit die Hauseigentümer ebenfalls ihre Anwesen aufwerten könnten. Sie fragt nach der zeitlichen Befristung bzw. ob hierfür ggf. Haushaltsmittel einzustellen sind.

Stadtplaner Neumann erklärt, dass nach Auskunft der Regierung von Unterfranken eigens hierfür kein Fassadenprogramm aufgestellt werden müsste, nachdem das bereits existierende Programm hierfür ausreiche. Darüber hinaus sei im Einzelfall eine Förderung nach Stadtumbau-West möglich. Eine zeitliche Befristung gebe es nicht.

Oberbürgermeister Müller gibt insoweit Recht, dass bei gestiegenen Anträgen, auch die entsprechenden Haushaltsmittel erhöht werden müssten, was zu gegebener Zeit diskutiert und umgesetzt werden könne.

Stadtrat Weiglein fragt nach der kurzfristigen Lösung vor dem Sinkel-Anwesen worauf Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer antwortet, dass die Maßnahme nur dann förderfähig wäre, wenn der Abbruch sowie das Errichten der Parkplätze in der Gesamtmaßnahmen Mainpartei aufgenommen werde. Ein Provisorium sei nicht förderfähig.

Oberbürgermeister Müller bitte dies zunächst zur Kenntnis zu nehmen. Eine Entscheidung hinsichtlich einer Verschiebung bzw. Abspeckung erfolge im zweiten Teil der Haushaltsberatung nach Abklärung der Zuschussschädlichkeit beim Fördergeber.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

E) Einzelplan 4

a) 4608.9588 – Sanierung und Neugestaltung des Kinderspielplatzes an der Sicker

Frau Schlötter, Ortssprecherin für Sickershausen beantragt für die Neugestaltung des Kinderspielplatzes an der Sicker die entsprechenden Mittel einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Sanierung nötig sei und hierfür Kosten in Höhe 10.000,00 € ausreichend wären.

Ohne Abstimmung

Es besteht Einverständnis damit, bei Hst. 4608.9588 10.000,00 € im Jahr 2009 einzustellen.

b) 4641.9880 – Waldkindergarten; Zuschuss zu Gebäude

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf den Beschluss hinsichtlich der Unterstützung an den Waldkindergarten (Ziffer 2 der Niederschrift, Verkleidung Container, Stromanschluss) und erklärt, dass dementsprechend der Haushaltsansatz in 2009 von 10.000,00 € auf 25.000,00 € erhöht werden müsse.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

c) 4645.9880 – verschiedene Kindergärten; Zuschuss für Umbauten bedingt durch Einbau von Krippenplätzen

Die FW fragt diesbezüglich nach Planungen von weiteren Trägern sowie der Aufnahme in das Konjunkturprogramm II.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahmen der Verwaltung. Im Übrigen erklärt er, dass im Rahmen des Konjunkturprogramms II lediglich die energetische Sanierung gefördert werde.
Außerdem wird er in der Änderungsliste 3 eine Brutto-Veranschlagung vornehmen (Bruttoausgaben/Zuschüsse) und die Haushaltsansätze entsprechend überarbeiten.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 4649.9450 – Kindergarten Etwashausen; Errichtung mit Kinderkrippenplätzen

Die SPD und die CSU beantragt die Kosten möglichst zu minimieren und die Fördermittel optimal auszuschöpfen.

Die FW beantragt die Aufnahmen in das Konjunkturpaket II.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass das Konjunkturpaket II lediglich die energetische Sanierung fördere während für den Umbau der Kinderkrippenplätze ein Sonderprogramm aufgelegt wurde.

Bürgermeisterin Regan verweist auf die Beschlussfassung des Stadtrates vom 12.02.2009, in der die Verwaltung nochmals aufgefordert wurde, die Kosteneinsparungspotenziale zu überprüfen und den Stadtrat hiervon zu unterrichten. Die Prüfung sollte sich dabei auf die Senkung der Kosten pro Kubikmeter umbauten Raum beziehen, die derzeit bei 500 €/m³ liegen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Prüfung durch das Bauamt erfolge.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz für die Krippenplätze bleibt unverändert. Für die Mittagsbetreuung wird in 2009 noch ein Ausgabeansatz von 88.000,00 € und ein Zuschuss von 28.000,00 € aufgenommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

F) Einzelplan 5

- a) 5900.9582 – Kleine Gartenschau; Kosten für die Beseitigung des Minigolfplatzes
5900.9583 – Kleine Gartenschau; Wohnmobilstellplatz (Neuanlage)

Die ödp bittet die Ansätze für die Minigolfanlage sowie den Wohnmobilstellplatz zu streichen, nachdem diese Kosten bereits bei den Mitteln für die Gartenschau in Höhe von 4,7 Mio. € enthalten sind.

Die KIK beantragt die Vorlage der Standards bzw. der Kostenkalkulation vor der Ausschreibung.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung. Er erklärt, dass laut Beschlusslage der Wohnmobilstellplatz sowie der Minigolfplatz nicht im Gartenschau Gelände liegen und deshalb die Kosten separat veranschlagt seien.

2. Bürgermeister Christof stellt dar, dass die Ausschreibung für den Wohnmobilstellplatz bereits nach außen ging und er gerne vorher über die Baustandards gesprochen hätte. Darüber hinaus fragt er nach, ob neben dem Ansatz von 100.000,00 € weitere Mittel beispielsweise für den Rück- bzw. Wegebau veranschlagt seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass im Haushalt lediglich der Ansatz von 100.000,00 € für den Wohnmobilstellplatz veranschlagt sei. Zudem sind dafür weitere Kosten in Höhe von 40.000,00 € in den Mittel der Gartenschau von 4,7 Mio. € enthalten.

2. Bürgermeister Christof bezweifelt, dass die Veranschlagung reiche, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass man es nochmals mit dem Bauamt abklären und darüber im zweiten Teil der Haushaltsberatungen berichten werde.

2. Bürgermeister Christof bezieht sich in diesem Zusammenhang auf den Zuschuss des Amtes für ländliche Entwicklung (ALE) hinsichtlich der Renaturierung des Bimbachs und stellt verwundert fest, dass bei einer Versammlung mit den Gärtnern auf die Frage diesbezüglich keine positive Aussage seitens des Bauamtes erfolgte.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass eine Zusage des ALE diesbezüglich vorliege. Er sagt zu, dies nochmals zu prüfen.

Hiermit besteht Einverständnis. Eine Information erfolge im zweiten Teil der Haushaltsberatungen am 03.03.2009.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

G) Einzelplan 6

- a) 6101.9350 – Spezifische Software (GIS) für Stadtplanung und Stabstelle

Die FW fragt nach, weshalb der Ansatz für die spezifische Software in Höhe von 20.000,00 € eingestellt werden solle.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme, wonach 10.000,00 € für GIS sowie 10.000,00 € für eine fachspezifische Software für den Bereich Planung vorgesehen sei, nachdem gegenwärtig kein GIS vorhanden ist, mit dem Bauleitplanung bzw. Stadtentwicklung durchgeführt werden könne. Hiervon hänge die Handlungsfähigkeit der Stadtplanung ab. Das vorhandene GIS ist lediglich für die Fachschale Tiefbau (Straßen, Kanäle) anwendbar.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

b) 6101.9352 – Anschaffung eines Großflächenkopierers, Großformatdruckers

Die CSU beantragt diesen Ansatz zu streichen.

Die FW fragt nach, ob ebenfalls die Variante „Leasing“ geprüft wurde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass vom Bauamt eine Vergleichsrechnung in Sachen Leasing durchgeführt wurde und diese Variante erheblich teurer sei. Stadtrat Weiglein erklärt, dass viele Baufirmen derartige Arbeiten nach außen vergeben, um Kosten zu sparen.

Stadtplaner Neumann stellt dar, dass dieses Geräte im Dauergebrauch sei und man hiermit schneller und flexibler handeln könne, als wenn man zu einem Kopieshop gehe. Aus Sicht des Stadtbauamtes überwiegen die Vorteile einer Anschaffung, weshalb die Mittel im Haushalt bestehen bleiben sollten.

Stadtrat Schmidt gibt zu Bedenken, ob hierfür zwei Geräte angeschafft werden müssen und verweist auf ein Kombigerät, das die Eigenschaften auf sich vereinigt und darüber hinaus leistungsfähig sei.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung insoweit zu. Der Ansatz in Höhe von 23.000,00 € im Jahr 2009 sollte dennoch erhalten bleiben.

Hiermit besteht Einverständnis

c) 6101.9590 – Fortschreibung des Zentrenkonzeptes

Die CSU beantragt die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes um zwei Jahre zu verschieben.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass sich dies durch den Beschluss des Stadtrates vom 29.01.2009 auf Fortschreibung des Zentrenkonzeptes erledigt habe.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz bleibt unverändert.

d) 6152.9400 – Soziale Stadt; Hochbaumaßnahmen
6152.9500 – Soziale Stadt; Tiefbaumaßnahmen

Die FW hält die eingestellten Beträge nicht für ausreichend konkretisiert und bitte die geplanten Maßnahmen nach Hoch- und Tiefbaumaßnahmen aufzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die vorliegende Aufstellung, wonach die einzelnen Maßnahmen, wie sie im Rahmen des Jahresprogramms beantragt wurden, dargelegt sind. Dabei werden nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden können. Erst nach Feststehen der Zuschussverteilung (Mai 2009) wisse man welche Mittel die Stadt Kitzingen für das Jahr 2009 zugeteilt bekomme, wonach die einzelnen Maßnahmen angegangen werden könnte.

Stadträtin Richter möchte ebenfalls wissen, welche Maßnahmen damit angegangen werden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass sich bei der Entscheidung, welche Maßnahme umgesetzt werde, auch der Bürgerarbeitskreis befassen werde. Gegenwärtig

könne dazu keine Aussage getroffen werden. Seiner Auffassung nach sollten die Mittel eingestellt bleiben.

Auf Hinweis, dass die Vorlage nicht ausreichend zu erkennen sei, sagt Oberbürgermeister Müller zu, diese den Stadträten nochmals im DIN A3 Format vorzulegen.

Hiermit besteht Einverständnis. Eine Änderung der Ansätze erfolgt derzeit nicht.

e) 6300.9422 – Generalsanierung von Buswartehäuschen

Die FW möchte wissen, ob hierbei auch das Buswartehäuschen in der Heinrich-Fehrer-Straße enthalten sei.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach das Buswartehäuschen in der Heinrich-Fehrer-Straße beim Ansatz von 102.000,00 € im Jahr 2009 mit 16.000,00 € enthalten sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

f) 6300.9423 – Errichtung Busbahnhof
6300.9501 – Errichtung P+R-Anlage
6300.9502 – Umgestaltung Bahnhofsvorplatz

Die KIK möchte hinsichtlich der Gesamtmaßnahmen Bahnhofsumfeld Vorschläge zum weiteren Vorgehen unterbreitet haben. Darüber hinaus sollen mit Ausnahme von 5 Parzellen keinen weiteren Kleingärten für die Schaffung der P+R-Anlage hergenommen werden.

Die FW bittet hierbei entsprechende Prioritäten zu setzen, um zu einer optimalen Lösung zu kommen. Die Kanalbauarbeiten sind dabei vorzuziehen.

2. Bürgermeister Christof stellt dar, dass hinsichtlich der nördlichen Flächen viele Anstrengungen seitens der Verwaltung aufgenommen wurden und nun zum weiteren Vorgehen ein Plan der Verwaltung mit Vorschlägen zum nördlichen Bereich, ohne die enormen Aufwendungen durchführen zu müssen, fehle. Er habe Bedenken, dass dadurch die Flächen der Bahn nicht erworben werden könnten und deshalb zwangsläufig auf die übrigen Parzellen der Kleingärten für die Schaffung der P+R-Plätze zurückgegriffen werde. In diesem Zusammenhang sollte man über die Kapazitäten im Bauamt insoweit nachdenken, dass Arbeitsaufträge des Gremiums auch zeitnah erfüllt werden können. Er möchte das weitere Vorgehen in Sachen Bahn erläutern haben.

Oberbürgermeister Müller gibt hinsichtlich des fehlenden Planes soweit Recht und verweist hinsichtlich der Stellensituation im Bauamt auf die Stellenplanberatung. Falls die nördlichen sowie weiteren möglichen Flächen nicht erworben werden könnten, so müsse man zwangsläufig auf die übrigen Kleingärten zurückgreifen. Der erste Teil der P+R-Anlage im südlichen Bereich könne entstehen. Darüber hinaus haben der Bahnhofsvorplatz sowie die Friedrich-Ebert-Straße oberste Priorität. Nach 2011 werde man die Friedenstraße angehen. Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt müsse die Grundstückssituation mit der Bahn geklärt sein.

Bürgermeisterin Regan verweist auf den Planungsbeschluss hinsichtlich des Parkdecks und den Antrag der CSU auf Ablehnung desselbigen, der in einer der letzten Sitzungen aufgrund der weiteren Verhandlungen mit der Bahn zurückgestellt wurde. Die FW spreche sich gegen das Parkdeck aus, worüber ihrer Meinung nach Beschluss gefasst werden müsste.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass das Parkdeck nicht im Haushalt eingestellt sei und deshalb nicht weiter verfolgt werde.

Auf die Frage von Stadträtin Wallrapp, welche Maßnahmen nun angegangen werden, verweist Oberbürgermeister Müller auf den Bauzeitenplan der Tiefbauverwaltung, wie er in der Sondersitzung des Stadtrates am 20.01.2009 vorgestellt wurde.

Stadtrat Moser fragt nach, an welcher Stelle die Kosten für den Grundstückserwerb veranschlagt seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass diese bei der Hst. 6300.9329 – Grunderwerb für weitere Flächen im Bahnhofsumfeld – eingeplant sind.

Auf weitere Fragen hinsichtlich der Beschlussfassung zum Parkdeck weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass die Mittel nicht im Haushalt veranschlagt seien und die Aufhebung des Planungsbeschlusses außerhalb der Haushaltsberatungen erfolge sollte.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

g) 6309.9501 – Nordtangente

Die ödp erbittet eine aktualisierte Kostenübersicht zum Bau der Nordtangente. Dabei sind die einzelnen Bauabschnitte gegenüber zu stellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

h) 6321.9501 – Geh- und Radweg zwischen Postfrachtzentrum und Albertshofen

Die CSU bittet hinsichtlich des Radweges mit Albertshofen eine tragfähige Lösung zu finden und verweist dabei auf das Schreiben der Gemeinde Albertshofen, in dem die maximale Kostenbeteiligung der Stadt Kitzingen dargelegt wurde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Maßnahme zwar wünschenswert sei, jedoch aufgrund der finanziellen Lage gegenwärtig nicht umsetzbar ist. Die Mittel sollten im Finanzplanungsrest bestehen bleiben. Wie in der Sondersitzung des Stadtrates am 20.01.2009 zugesagt werde man dies der Gemeinde Albertshofen in einem Gespräch erläutern.

Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz bleibt unverändert.

i) 6321.9504 – Ausbau des Radwegenetzes

Die ödp beantragt für den Ausbau des Radwegenetzes 125.000,00 € einzustellen, wofür vorab ein Radwegekonzept zu erstellen ist. Dabei sollte ein Radweg entlang der Kaltensondheimer Straßen angedacht werden.

Stadträtin Schmidt verweist darauf, dass vor Jahren stets Mittel hierfür eingestellt waren und fragt nach, weshalb diese nun nicht mehr enthalten sind. Sie fragt nach, ob man für die Erstellung eines Konzeptes die entsprechenden Mittel einstellen könnte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass man dies bis zur morgigen Weiterführung der Haushaltsberatungen klären werde. Darüber hinaus sollte man klären, ob dieses Konzept durch die Verwaltung entwickelt werden könne oder nach Außen vergeben werden müsse. Er gibt zu Bedenken, dass selbst bei der Vergabe nach Außen ein Mitarbeiter der Verwaltung erheblich bei der Entwicklung mitwirken müsse.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben vorerst unverändert.

- j) 6322.3400 – Baugebiet Deuster-Areal – Grundstücksverkaufserlöse
6339.3400 – Baugebiet Hammerstiel; Grundstücksverkaufserlöse

Die CSU beantragt die Erschließung des Deuster-Areals für Wohnbebauung. Dabei sollten bestimmte Bauplätze ohne zeitlichen Baugebot veräußert werden. Gleiches sollte für einzelne Baugebiete im Hammerstiel gelten.

Oberbürgermeister Müller verweist hinsichtlich der Beschlussfassung zu einem möglichen Hotel, dass gegenwärtig der Bedarf nach einem Hotel in diesem Bereich abgefragt werde und die Entscheidung in der Stadtratssitzung im April erfolge. Darüber hinaus verweist er hinsichtlich der europaweiten Ausschreibung, dass empfohlen werde, eine solche Ausschreibung im diesem Jahr durchzuführen. Im Anschluss daran ist angedacht, für die Kommunen ein Verfahren zu entwickeln, bei dem nicht ausgeschlossen werden müsse. Dieser Aspekt werde ebenfalls in der Sitzungsvorlage zum Hotel beleuchtet.

Stadtrat Moser bezieht sich auf den Grundstücksverkauf ohne Bauzwang und erklärt, dass dies mit Blick auf die Finanzkrise sinnvoll sei, nachdem mögliche Bauherren zunächst mit dem Kauf ihr Geld sicher investiert hätten.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass diesbezüglich eine gesonderte Beschlussvorlage außerhalb des Haushaltes erstellt werde. In diesem Zusammenhang werde man auch einen Vorschlag zur Verlängerung des Kinderrabattes, der am 31.12.2008 abgelaufen ist, unterbreiten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

- k) 6333.9501 – Ausbau der Breslauer Straße
7107.9502 – Kanalsanierung Breslauer Straße

Die ödp beantragt die beide Maßnahme von 2011 auf das Jahr 2010 vorzuziehen.

Stadträtin Schmidt stellt fest, dass diese Maßnahme laut der Planungswerkstatt für Soziale Stadt die oberste Priorität habe und fragt nach, falls die Arbeitsgruppe zum Ergebnis komme, die Maßnahme vorzuziehen, ob dies in finanzieller Hinsicht möglich wäre.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass dies möglich wäre, jedoch als Deckung die gleiche Summe bei den Maßnahmen für Soziale Stadt eingespart werden müsste.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass man diesen Antrag auch zu den Haushaltsberatungen 2010 folgen könne. Darüber hinaus stellt er dar, dass neben der finanziellen Situation auch möglich bauliche Veränderungen (Abriss von Wohnblöcken) in der Breslauer Straße berücksichtigt werden müssten, wobei die Kanalmaßnahme in anderen Umfang vonstatten gehen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- l) 6453.9501 – Geh- und Radwege im Stadtgebiet, Absenkungen, Markierungen

Der Senioren- und Behindertenbeirat beantragt, dass die Oberflächenbeläge im Stadtgebiet verbessert werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass lt. Änderungsliste 1 der Ansatz für 2009 von 5.000,00 € um 25.000,00 € auf 30.000,00 € erhöht wurde.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 6 bleiben unverändert.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer